

Gedanken zum 70. Jahrestag der Gründung der NVA – einer Armee des Friedens



Der vom deutschen Faschismus entfachte 2. Weltkrieg endete 1945 mit dem Sieg der Alliierten, wobei die Sowjetunion mit der Roten Armee den Hauptanteil trug. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Allerdings hatten die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien und Frankreich) kein Interesse daran, dass ein geeintes und neutrales Deutschland, so wie es von sowjetischer Seite mehrmals vorgeschlagen wurde, entstehen könnte. Mit der Bildung der Bi- und danach der Tri-Zone leiteten sie vielmehr bewusst die politische und territoriale Spaltung Deutschlands ein, die dann 1949 mit der Gründung der Bundesrepublik ihren Abschluss fand und das Land endgültig gespalten wurde. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung wurde am 07. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit im Inneren und an den Grenzen der Republik wurden in der sowjetischen Besatzungszone neue Polizeiorgane gebildet. 1948 wurde die Deutsche Verwaltung des Inneren geschaffen und weitere Polizeieinheiten aufgestellt, die der Hauptverwaltung Ausbildung unterstellt wurden. 1950 wurde die Hauptverwaltung der Seepolizei gebildet. Schließlich wurde 1952 die kasernierte Volkspolizei ins Leben gerufen.

In der Bundesrepublik wurden am 10. November 1955 die ersten Soldaten der neu geschaffenen Bundeswehr vereidigt und die Bundesrepublik trat der NATO bei. Charakteristisch für die Bundeswehr ist, dass deren Führungsapparat vor allem aus ehemaligen Offizieren und Generalen der Wehrmacht und der Waffen-SS bestand. Durch die Gründung regulärer Streitkräfte in der BRD wurde in der DDR die Not-

wendigkeit immer stärker, für den Schutz des Landes eigene Streitkräfte aufzubauen. Dazu wurde am 18. Januar 1956 das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ durch die Volkskammer verabschiedet. Darin heißt es:

„Der Schutz der Arbeiter-und-Bauern-Macht, der Errungenschaften der Werktätigen und die Sicherung ihrer friedlichen Arbeit sind elementare Pflicht unseres demokratischen, souveränen und friedliebenden Staates. Die Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus in Westdeutschland und die Schaffung der westdeutschen Söldnerarmee, ist eine ständige Bedrohung des deutschen Volkes und aller Völker Europas. Zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit unserer Deutschen Demokratischen Republik beschließt die Volkskammer auf der Grundlage der Artikel 5 und 112 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik das folgende Gesetz:

§ 1

- (1) Es wird eine „Nationale Volksarmee“ geschaffen.
- (2) Die „Nationale Volksarmee“ besteht aus Land-, Luft- und Seestreitkräften, die für die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik notwendig sind. Die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte wird begrenzt entsprechend den Aufgaben zum Schutz des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik, der Verteidigung ihrer Grenzen und der Luftverteidigung.

§ 2

- (1) Es wird ein „Ministerium für Nationale Verteidigung“ gebildet.
- (2) Das „Ministerium für Nationale Verteidigung“ organisiert und leitet die Nationale Volksarmee (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) auf der Grundlage und in Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse der Volkskammer und des Ministerrates der

Deutschen Demokratischen Republik.

- (3) Die Aufgaben des „Ministeriums für Nationale Verteidigung“ werden im Ministerrat festgelegt.

§ 3

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.“

Bis zum 01. März 1956 hatten die entsprechenden Stäbe und Verwaltungen einsatzbereit zu sein und am 01. März 1956 wurden in Anwesenheit des Ministers für Nationale Verteidigung, Generaloberst Stoph, die ersten Soldaten der NVA vereidigt. Damit gilt dieses Datum als Gründungsdatum für die NVA. Für den Aufbau einer sozialistischen Armee wurde in geringem Maße auch auf ehemalige Wehrmachtsoffiziere, die in Kriegsgefangenschaft eine antifaschistische Entwicklung genommen hatten, zurückgegriffen. Diese wurden jedoch bis Ende der 50er Jahre entlassen. Hierin unterscheidet sich die NVA grundlegend von der Bundeswehr, in der die ehemaligen Generale und Offiziere der Wehrmacht und der Waffen-SS die Kommandogewalt bis zum altersbedingten Ausscheiden aus dem Dienst innehatten und damit den Charakter dieser Armee bestimmten.

Die wichtigste Aufgabe der neu geschaffenen Streitkräfte bestand in der zuverlässigen Verteidigung der DDR. Der der NVA erteilte Auftrag lautete: „Im unerschütterlichen Zusammenwirken mit der Sowjetarmee und den anderen sozialistischen Bruderarmeen die erforderlichen äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu sichern, die Staatsgrenze, das Territorium, den Luftraum und das Küstenvorfeld der DDR sowie der verbündeten sozialistischen Staaten zuverlässig zu schützen, die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft ständig qualitativ zu vervollkommen und jeder imperialistischen Aggression entschlossen zu begegnen.“

In ihrem Wesen verstand sich die NVA als

eine Armee des Volkes und brach konsequent mit den alten militaristischen Traditionen früherer deutscher Streitkräfte. Das zeigte sich in der konsequenten Friedenspolitik im Rahmen des Warschauer Vertrages. Die Mitglieder des Kommandeursbestandes (Generale, Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere) waren zu über 90 % Mitglieder der SED.

Die NVA zeichnete sich durch einen hohen Grad der Einsatz- und Gefechtsbereitschaft aus. Dies wurde erreicht durch eine straffe militärische Ausbildung, einem hohen Stand der Einsatzbereitschaft der Technik und Bewaffnung und ein hohes Engagement des Personals. Dieser hohe Stand der Gefechtsbereitschaft hatte aber auch Auswirkungen auf die Dienst- und Lebensbedingungen aller Soldaten. Das zeigte sich vor allem darin, dass die Soldaten nur aller 6 bis 8 Wochen zu ihren Familien fahren konnten und für die Berufssoldaten ein 8-Stundentag eine Utopie war.

Besonders hervorheben muss man die Ausbildung des Kommandeurs. 4776 Offiziere studierten an sowjetischen Militärakademien und Hochschulen und 6130 Offiziere wurden an der Militärakademie „Friedrich Engels“ ausgebildet. Dazu kommen die an der Militärpolitischen Hochschule „Wilhelm Pieck“ ausgebildeten Politoffiziere. Außerdem beendeten viele Offiziere ein ziviles Hoch- oder Fachschulstudium. Die Anzahl der Offiziere an den Lehrinrichtungen, die den 2. und 3. akademischen Grad erworben hatten, stieg von Jahr zu Jahr. Dieses System der ständigen Aus- und Weiterbildung garantierte, dass Berufs- und Zeitsoldaten stets über aktuelle militärische und gesellschaftswissenschaftliche Kennt-

nisse verfügten.

Einen wichtigen Beitrag leistete die NVA bei der Ausbildung militärischer Kader befreundeter Länder. Die Ausbildung erfolgte an der Militärakademie, der Offiziershochschule für ausländische Militärkader sowie an verschiedenen Offiziershoch- und Unteroffiziersschulen und trug dazu bei, dass die NVA auch international als eine leistungsstarke Armee eingeschätzt wurde und eine hohe Achtung genoss.

Die wichtigste Aufgabe der NVA war es, im Rahmen des Warschauer Vertrages, den Frieden in Europa zu erhalten. In den verschiedensten gemeinsamen Manövern, hier sollen als Beispiele die Manöver „Waffenbrüderschaft“ oder „Quartett“ genannt werden, bewies die NVA hohe militärische Meisterschaft und die Fähigkeit, erfolgreich im Bestand von Koalitionsstreitkräften handeln zu können. Damit wurden auch den Gegnern des sozialistischen Lagers die Grenzen aufgezeigt.

In der gesamten Zeit ihres Bestehens war die NVA mit moderner Technik und Bewaffnung ausgerüstet. So verfügte sie über mehr als 9.000 moderne Panzer und Schützenpanzer, 2.465 Artilleriegeschütze verschiedener Kaliber, ca. 370 Kampfflugzeuge, darunter auch die MIG-29, 191 Kampfschiffe verschiedener Bestimmung, moderne Raketenysteme wie die S-300 oder die operativ-taktischen Raketenysteme Elbrus und Oka. Die Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen. Diese Ausrüstung, verbunden mit einem hohen Ausbildungsstand und hoher Einsatzbereitschaft der Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale und Admirale, war der Garant für einen zuverlässigen Schutz der DDR und im Verbund mit den Armeen des Warschauer Vertrages des sozialistischen Lagers

Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die NVA nie in ihrer Geschichte an aggressiven Militäreinsätzen gegen andere Staaten beteiligt war. Darin unterscheidet sie sich grundlegend von der

Bundeswehr, die an zahlreichen Auslandseinsätzen, hier seien nur die Teilnahme an der Bombardierung Jugoslawiens 1999 oder der Einsatz in Afghanistan genannt, beteiligt war und ist. Auch solche Begriffe wie „kriegstüchtig“ oder „siegfähig werden“, die heute wieder verstärkt propagiert werden, wären mit dem Selbstverständnis und dem Auftrag der NVA unvereinbar gewesen.

Der 70. Jahrestag der Gründung der NVA ist für mich zugleich Anlass, persönlich Bilanz zu ziehen. Warum bin ich Offizier geworden? Es wäre zu einfach zu sagen, weil ich den Frieden erhalten wollte, aus Überzeugung. Nein, es spielten auch andere Aspekte eine bestimmte Rolle: Abenteuerlust, schnellere wirtschaftliche Unabhängigkeit. Die Ausbildung an der Offiziersschule (1965 bis 1968) war hart und fordernd, prägte jedoch nachhaltig meine Haltung zum Soldatenberuf und festigte meine Bereitschaft, alles für den Schutz der DDR einzusetzen – eines Staates, der mir eine sorglose Kindheit und eine ausgezeichnete Schulbildung ermöglicht hatte. Ich setzte im Weiteren alles ein, meine Aufgabe bestmöglich zu erfüllen. Nach dem Studium an der Militärakademie für Chemischen Schutz in Moskau (1974 bis 1979) und dem Einsatz in verschiedenen Dienststellungen führte mein Weg zurück an die Offiziershochschule „Ernst Thälmann“ nach Löbau. Hier musste ich den Verlust meines Heimatlandes, der DDR, miterleben. Als letzter Kommandeur der Sektion Chemische Dienste bestand mein Bestreben darin, allen Angehörigen der Sektion den Weg in die Arbeitslosigkeit zu ersparen und den Offiziersschülern einen qualifizierten Abschluss zu ermöglichen. Das ist mir größtenteils gelungen. Rückblickend kann ich heute sagen, dass ich keine Stunde meines 25-jährigen Dienstes in der NVA, so hart und entbehrungsreich es auch oftmals war, vermissen möchte.

Ich bin stolz darauf, meinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens geleistet zu haben!

Wolfgang Herzig, Oberst a. D.

Herzlichen Glückwunsch zum Internationalen Frauentag!

Heute feiern wir Stärke, Mut und die unermüdliche Kraft der Frauen, die unsere Welt jeden Tag ein Stück gerechter und menschlicher machen. Möge euer Engagement gesehen, eure Stimmen gehört und eure Vielfalt gewürdigt werden. Wir grüßen, gratulieren und danken unseren Frauen zu ihrem Ehrentag am 8. März.

Vorstand und
Redaktion



* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Thesen über die Weiterführung des Rentenrechtskampfes der ISOR e.V. (Beratung vom 16.12.2025)

Teilnehmer: Gerald Böhm, Joachim Bonatz, Peter Eichler, Steffen Haupt, Anja Mewes, Hartwig Müller, Peter Ott, Dietmar Polster, Wolfgang Schmidt, Dr. Lothar Wellschmied, entschuldigt: Dr. sc. Heinz Günther, Hans Schwart

Historischer Hintergrund und Gründungsidee
ISOR wurde im Juni 1991 gegründet, um si-

cherezustellen, dass die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR überhaupt in soziale Sicherungssysteme kommen. Gegen die damals getroffenen juristischen Entscheidungen wurden über die Instanzen erfolgreich Massenklagen initiiert und geführt. *Rentenrechtlicher Kampf und juristische Grundlagen*

Die durch ISOR seit 1999 initiierten Grundlagen für den rentenrechtlichen Kampf wurden vervollständigt, genutzt und wiederholt mit konkretisierten Argumenten bis zum

BVerfG sowie zum EGH geführt. Im Ergebnis wurde deutlich, unsere sozialpolitischen und juristischen Argumente konnten nicht angegriffen werden. Sie haben Bestand und gehören zu unserem Handwerkzeug. Dieses zu kennen und in den Diskussionen zu nutzen, ist Selbstverständlichkeit.

Zu den zentralen Elementen zählen: sozialwissenschaftliches Gutachten, juristisches Gutachten, die Auswertung seitens Prof. Dr. Merten und eingereichte Petitionen. Die Jurisprudenz entledigte sich ihrer Verantwortung, Recht zu sprechen, immer aufs Neue, mit dem Hinweis, es steht dem Gesetzgeber zu, die juristischen Grundlagen zu ändern.

Wir sollten uns darauf weiter konzentrieren. Daraus folgt unter Berücksichtigung der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation, dass eine juristische Weiterverfolgung der Beseitigung des Rentenunrechts keinen Erfolg erwarten lässt und der politische Kampf darauf auszurichten ist, durch Druck und Öffentlichkeit unser satzungsgemäßes Ziel, die Beseitigung des Rentenunrechts zu erreichen.

Rentenansprüche und soziale Gerechtigkeit

Der Diebstahl von auf eigenen Einzahlungen basierenden Rentenansprüchen nach den §§ 6 und 7 AAÜG sowie die Nichtgewährung der Ansprüche vieler weiterer Berufs- und Personengruppen in der DDR durch Vertreter des Kapitals in der Regierung und das kontinuierliche Festhalten daran, ist Ausdruck der Herrschaft des Kapitals und dessen arroganter Politik der Demütigung gegenüber den aus ihrer Sicht mit der Wendezeit Besiegten. Diese Politik wurde bewusst in Nachbarländern, wie Polen und Tschechien „exportiert“. Berufsverbote, Verbote kommunistischer Tätigkeit, Wiederbeleben faschistischer Tendenzen und Demokratieabbau begleiteten diese zunehmende innenpolitische Aggression.

Sozialabbau und politische Entwicklung

Die im Rahmen internationaler Verträge zugesicherte friedliche Entwicklung Deutschlands wird im Interesse von Superprofiten im Rahmen der Rüstungsindustrie geopfert. Zur Finanzierung der Kriegstreiberei wurde die Umverteilung von unten nach oben in den letzten zwanzig Jahren verstärkt - das sichert steigende Profite. Die destruktiven Produkte der Rüstungsproduktion finden ihren Absatz in immer mehr und größeren Konflikten. Deutschland hat offiziell seinen Mantel einer friedlichen Entwicklung im Interesse der Profitmaximierung zu Lasten der eigenen Bürger abgeworfen und stellt sich an die Spitze der Befürworter von Hochrüstung und Krieg. Ziele sind die Kontrolle über die Staats Haushalte und die Bewusstseinsformung zu Gunsten eines weiteren Sozialabbaus im In-

teresse der Kriegsvorbereitung. Dazu gehören Pläne zur Reduzierung des Rentenniveaus, unbezahlbare Pflege, Leistungsminderung in der Gesundheitsvorsorge, Kostenexplosion bei Mieten, Mietnebenkosten, Abbau von Kinderbetreuung, subventionierten Sport- und Freizeitangeboten, insbesondere für Kinder und Jugendliche, Abbau im Rahmen der Breite der Bildung. Die Schaufensterwirkung der sozialen Leistungen in der DDR wird endgültig begraben.

Deshalb sollten wir uns mit unseren Forderungen nach Rentengerechtigkeit in die geplante Rentenreform einbringen und diese auch gegenüber der neu geschaffenen Rentenkommission der Bundesregierung vorbringen.

Politische Unterstützung und Herausforderungen

ISOR erhielt und erhält in ihren Forderungen zur Beseitigung der Rentenstrafe Unterstützung durch linke Parteien. Besonders die Partei die Linke brachte über viele Jahre hinweg konsequent Gesetzesvorlagen in den Bundestag ein, die jedoch stets abgelehnt wurden. Für eine Gesetzesänderung ist der Druck mehrerer Parteien notwendig. Die Initiativen aus unseren TIG, Ländern und des ISOR-Vorstandes gegenüber den Parteien zeigen, dass vielen Jüngeren, auch Politikern die Sachlage unbekannt ist. Abgeordnete aller Parteien erfahren weder Druck aus ihrer Wählerschaft noch besteht in den Parteiführungen Interesse an gerechten Renten. Sofern Antworten auf Fragen zur Rentengerechtigkeit gegeben werden, schwingt zwar Empathie mit, doch ohne Wissen um die Rentenungerechtigkeiten und ohne breiten Druck aus der Bevölkerung ist eine Zustimmung zu Gesetzesvorlagen gegen Rentenunrecht und Sozialabbau unwahrscheinlich. Diese Problematik betrifft jede Position, die aktuell vom Sozialabbau betroffen ist.

Deshalb werden wir diese Aktivitäten differenziert, abgestimmt und koordiniert fortsetzen.

Das Zusammenwirken

Der Zusatz- und Sonderversorgten am Runden Tisch Rentengerechtigkeit e.V. (RTR) hat trotz des Abschlusses der Rentenüberleitung politisch wirksame Ergebnisse erzielt.

Der aktuelle Sozialabbau reicht viel weiter. Nach Auflösung des RTR ergibt sich jetzt die Möglichkeit, alle vom Sozialabbau Betroffenen einzubeziehen und Druck zu erzeugen, nicht nur durch eine, sondern zahlreiche Gruppen, die koordiniert auftreten und Bündnisse für soziale Gerechtigkeit bilden. U.a. durch politischem Druck auf Abgeordnete. Nur ein geeintes Vorgehen kann zu Regelungen führen, die auch gravierende Eingriffe ins Soziale - wie die Beseitigung des Rentenstraf-

rechtes - sicherstellen.

Daraus erwächst die Aufgabe, mit den Gruppen zusammenzuwirken und wo es sich anbietet sie in die Aktivitäten mit einzubeziehen.

Chancen für unser Begehren auf Gerechtigkeit bestehen im Zusammenhang mit grundsätzlichem politischen Aufwachen der Betroffenen und der Bevölkerung. Die politische Lage geht auf einen Kulminationspunkt zu. Sich darauf vorzubereiten, ist notwendig und Chance für unser Anliegen. Ein breites Anliegen ist den Willen einer Änderung im Bewusstsein der Menschen zum richtigen Zeitpunkt präsent zu haben. Zu diesem Zeitpunkt braucht es eine Verbindung von JUNG und ALT, von Zeitzeugen und Empörten. Wir können und werden das nicht führend in die Hand nehmen. U.a. sind wir weder eine Partei noch altersbedingt stark genug. Aber wir sind als Verbündete wertvoll. Darin sehe ich unsere Chancen und unsere Aufgabe.

Unsere Kontakte sowie die der Verbündeten zu den Parteien sind zu qualifizieren, um immer wieder unsere gemeinsamen Anliegen auf den Tisch zulegen. Darin sehe ich die Vorbereitung auf den Punkt, an dem die Gesetzgeber erkennen, dass dringend Gesetzesänderungen anstehen.

Teile und herrsche, Delegitimation der DDR sowie von allem, was die aktuelle politische Agenda stört, Meinungseinschränkungen, Demokratieeinschränkungen, Klagen, Kommunikationsbehinderungen, De-Banking nehmen zu. Auch hier haben wir als Zeitzeugen Erfahrungen sammeln müssen und können diese teilen. Unsere Reaktion darauf muss sein, dass diese Verschärfungen der politischen Auseinandersetzung uns nicht von dem Vorbringen unserer politischen Forderungen im Kampf gegen das Rentenunrecht abbringen.

Zusammenfassend – wir Mitglieder von ISOR konzentrieren uns weiter auf unseren politischen Kampf gegen Rentenstrafe, gegen Rentenungerechtigkeiten und Sozialabbau. Wir nutzen die uns bietenden Möglichkeiten, um gemeinsam mit den anderen Betroffenen und im Zusammenwirken mit Parteien und Organisationen mit gleicher politischer Ausrichtung die Gesamtheit des Sozialabbaus offenzulegen, entgegenzuwirken und zu bekämpfen. Wir kennen den Zusammenhang zwischen Maximalprofit, Hochrüstung, Kriegstüchtigkeit und Sozialabbau sowie wirtschaftlichem Niedergang und kämpfen dagegen an. Weil jede soziale Leistung nur im Frieden und nicht unter Kriegsbedingungen Bestand hat und Sinn macht, sehen wir uns auch als Bestandteil der Friedensbewegung.

Joachim Bonatz, Vorsitzender

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Partei Vorstand

SPD Soziale Politik für Dich.

Bärbel Bas, Co-Vorsitzende der SPD
Petra Köpping, stellvertretende Parteivorsitzende der SPD
Elisabeth Kaiser, Mitglied des SPD-Parteivorstandes

An den Verein
„Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.“
F.-Avenarius-Str. 5
01277 Dresden

Berlin, den 20. Januar 2026

Auflösung des Vereins

Sehr geehrter Herr Polster,
sehr geehrter Herr Dr. Weißenborn,
sehr geehrte Mitglieder des Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit e.V.,

wir kommen zurück auf die zuletzt geführte Korrespondenz. Zu unserem großen Bedauern haben wir erfahren, dass der Runde Tisch Rentengerechtigkeit e.V. auf seiner Mitgliederversammlung beschlossen hat, sich aufzulösen. Elisabeth Kaiser hatte leider aus persönlichen terminlichen Gründen nicht teilnehmen können. Deshalb einige Worte auf diesem Weg:

Wir finden es immer gut, wenn Menschen mit gleichen Interessen sich demokratisch organisieren, um ihre Anliegen oder Ansprüche gemeinsam zu verfolgen. Ihren Einsatz in den vergangenen Jahren anerkennen und schätzen wir sehr.

Ihre Bemühungen hatten sich darauf gerichtet, Anerkennung dafür zu bekommen, dass die Ihnen zu DDR-Zeiten zugebilligten Zusatzrenten Ansprüche begründet haben, die Ihnen der gesamtdeutsche Gesetzgeber dann aber spätestens nach 1996 verweigert hat. Das ist ein aus Ihrer Sicht berechtigtes Anliegen, wenn es auch rechtlich, gerichtlich und verfassungsrechtlich nicht erzwungen werden konnte. Es wäre allenfalls eine politische Lösung möglich gewesen.

Die SPD hat in all den Jahren nach der deutschen Einheit dafür gekämpft, diese Regelungen anders zu treffen oder zu ändern. Es ist ihr lediglich gelungen, manche Übergangsfrist zu verlängern. Für weitere Korrekturen hatte sie zunächst keine Regierungsbeteiligung und später keine Koalitionspartner, mit denen das hätte umgesetzt werden können.

Die letzte Möglichkeit ergab sich mit dem Härtefallfonds, aus dem allen Betroffenen wenigstens eine gewisse finanzielle Anerkennung hätte gezahlt werden können. Leider war auch diesmal der Koalitionspartner von diesem Ziel nicht zu überzeugen; als Kompromiss wurde ein Härtefallfond gegründet, der Kriterien aufstellte, die es erforderlich machten, dass Antragstellerinnen und Antragsteller ähnlich bedürftig hätten sein müssen wie Sozialhilfeempfänger. Dieser Fonds verfehlte sein Ziel, weil es kaum Menschen gab, die seine Voraussetzungen erfüllten. Für eine Änderung seiner Kriterien fehlen auch jetzt die Mehrheiten.

Wir können verstehen, dass Sie unter diesen Bedingungen den Runden Tisch Rentengerechtigkeit e.V. auflösen. Wir bedauern sehr, dass unsere politischen Bemühungen erfolglos geblieben sind und wir Ihnen über viele Jahre hinweg nicht mehr haben helfen können.

Wir möchten Sie trotzdem bitten, von Ihrem politischen Engagement – nichts anderes war Ihre gemeinsame Arbeit für Ihre Ziele – nicht grundsätzlich und endgültig Abstand zu nehmen. Wie diese Sache zeigt, befindet sich Deutschland noch immer in einer Sondersituation nach 1989. Unter anderen Voraussetzungen wäre Ihr Engagement vielleicht mit mehr Erfolg belohnt worden.

Die Auflösung Ihres Vereins bedauern wir; deshalb hoffen wir, dass Sie ein offenes Wort zu schätzen wissen.

Mit freundlichen Grüßen

B-18

Petra Köpping

Elisabeth Kaiser

Bärbel Bas

Petra Köpping

Elisabeth Kaiser

Auszüge aus einer Email von Dr. Heinz Günther an Joachim Bonatz, Vors. ISOR e. V. vom 14.01.2026

zu Fragen des Rentenunrechts in der BRD

...Ich halte es für ganz wichtig, dass wir uns bewusst sind, im Recht zu sein und für unser Recht kämpfen müssen. Ich denke bei diesen Überlegungen immer an die Orientierungen von Bertolt Brecht. Ich habe mich sehr gefreut, diesen Sinn sowohl in dem Zusammenhörigkeitsgefühl der TIG's als auch aus Deiner Antwort auf das Schreiben des MdL Hartmann, Dresden, entnommen zu haben. Der Landtagsabgeordnete antwortet auf das Schreiben von Gerald Böhm in einer Art, wie sie nicht positiver erwartet werden darf. Ich habe daraus aber auch entnommen, dass er durch die Information von Gerald in gewisser Hinsicht überrascht war, so gründlich über das Problem informiert worden zu sein. Daher auch sein ausdrücklicher Dank für die ausführliche Darstellung, die weder ihm noch Abgeordneten in anderen Etagen hinreichend bekannt sein dürften. Und wenn er sich dann sogar bedankt für unser Engagement in dieser Sache, so drückt das seine persönliche Haltung zu unserer Problematik aus, die bei allen Abgeordneten und betroffenen DDR-Bürgern wünschenswert wäre. Wie erfreulich auch die Tatsache ist, dass unsere Genossen über die Sachlage gut informiert sind, so müssen wir aber doch davon ausgehen, dass der Gesetzgeber und nicht betroffene Personen über uns entscheiden. Ob sie über die notwendigen Sachkenntnisse über unsere Problematik verfügen bezweifle ich und auch das, dass hier Recht gebrochen wurde und eine hinnehmbare Lösung dringend erforderlich ist. Wir sollten daher alle Möglichkeiten nutzen, um die entstandenen Probleme und Folgen noch stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. ...



Weiter über Link:
<https://isor-sozialverein.de/wp-content/uploads/2026/02/03-260115-Email-Dr-Heinz-Guenther-zu-Rentenunrecht.pdf>



Grußwort zum 70. Jahrestag der Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR

Liebe Genossinnen und Genossen, anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung der Nationalen Volksarmee der DDR grüßen und gratulieren Euch die Mitglieder der territorialen Gruppen von ISOR, RotFuchs und GRH. Nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus rüsteten im Westen schon bald die ehemaligen Nazi-Generäle und andere Faschisten, die alten Militaristen als Erben der faschistischen Wehrmacht wieder zum Ritt gen Osten. Nach zunächst geheimen Vorbereitungen wurde am 05. Mai 1955 die Bundeswehr gegründet. Dem musste eine Antwort der antifaschistischen Republik im Osten folgen. Auf Beschluss der Volkskammer der DDR wurde am 18. Januar 1956 die Nationale Volksarmee der DDR geschaffen. Es gibt viele Gründe, gerade heutzutage daran zu erinnern. Das wichtigste ist und bleibt die Tatsache: Die NVA war eine deutsche Armee, die nie Krieg geführt hat und die nie zu kriegesischen Handlungen in anderen Staaten eingesetzt wurde, weder in Afghanistan, noch in Mali noch anderswo. Die NVA war immer »friedensstüchtig«. Mit Stolz können die ehemaligen Berufssoldaten der NVA auf die Rolle und die Leistungen ihrer Armee und ihres Dienstes für den Frieden zurückblicken. Die NVA war als Armee im Warschauer Vertragsbündnis ein fester Garant für den Schutz des Friedens in Europa. Wegen ihres hohen Ausbildungsstandes und ihrer guten Disziplin war sie eine der schlagkräftigsten Armeen des Warschauer Vertrages. Für die anderen bewaffneten Organe der DDR war der 1. März, der in der DDR als Tag der Nationalen Volksarmee begangen wurde, ein fester Termin. Dem Geist des Zusammenwirkens der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR entsprang der Wunsch, dem Partner zu seinem Jahrestag

zu beglückwünschen. Das gehört zu unserer gemeinsamen Tradition. Das aktive Eintreten der Angehörigen der NVA für den Frieden reicht vom Eintritt in unsere Armee bis in den gegenwärtigen Kampf für den Frieden und gegen die Militarisierung und Kriegspolitik in der Bundesrepublik. Dafür gilt euch unser herzlicher Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zwar in verschiedenen bewaffneten Organen der DDR gedient, hatten aber den gleichen Auftrag, die Sicherheit der DDR und die Erhaltung des Friedens zu gewährleisten. Dafür haben wir unsere Kraft eingesetzt. Darauf sind wir stolz und können erhobenen Hauptes allen bis heute anhaltenden Anfeindungen, Lügen und Diffamierungen trotzen. Eure immer wieder bewundernswerte Arbeit als NVA-Interessengemeinschaft Halle (Saale) – Regionalgruppe „Herrmann Vogt“ im Verband zur Pflege der Tradition der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V. leistet dazu einen außerordentlich wichtigen Beitrag. Die NVA setzte ihre militärische Gewalt ebenso wie die Volkspolizei und das Ministerium für Staatssicherheit ihr Machtpotential nie gegen das eigene Volk ein. Als unsere Republik in akuter Gefahr war, zwang uns eine desolante politische Führung, die zwar vom vorbereitet Sein auf jähe Wendungen gesprochen aber nichts dafür getan hatte, gegenüber der Konterrevolution und deren Personal zum Stillhalten. Ein sicher mühevoller Zusammengehen mit der übergroßen Mehrheit der Bürger, die eine bessere DDR schaffen wollten, war bereits von der Tagesordnung gestrichen. Die Schutz- und Sicherheitsorgane des Staates DDR wurden dem Gegner zum Fraß vorgeworfen. Unsere Hochachtung gilt allen Angehörigen der NVA, die in dieser schweren und persönlich komplizierten Zeit ihren Stolz und ihre Treue zur gemeinsamen Sache bewahrt haben. Wir bedanken uns für Eure Aufmerksamkeit.

*Jürgen Stenker; Oberstleutnant a.D.; GRH e.V.
TIG Halle (Saale), 28. Februar 2026*

Dafür haben wir nicht Steine gesammelt!

„Panzerrampen, Gleise, Kräne: Rostocker Hafen investiert für die NATO“ verkündet die Ostsee-Zeitung am 2. Februar 2026 auf ihrer Titelseite. Nachdem man unsere Warnow-Werft in ein Marinearsenal verwandelt hat, das nun auch U-Boote bauen soll, wie man stolz verkündet, und unter Verletzung des 2+4-Vertrages in Rostock eine NATO-Marinekommando errichtet wurde, soll nun auch der Überseehafen in Rostock militarisiert werden und für Truppen- und militärische Materialtransporte „ertüchtigt“ werden. Das alles ist nur ein Teil der in und um Rostock vorangetriebenen Militarisierung. Dagegen richtet sich unser Protest im Rahmen unseres diesjährigen Ostermarsches, der am 04.04.26 um 10.00 Uhr am Denkmal der revolutionären Matrosen beginnen wird. Zwar lautet sein Motto mit Blick auf die neu beschlossene Wehrpflicht „Unsere Kinder kriegt ihr nicht!“, aber die bisherige Losung unserer Friedensdemos „Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!“ (in Anlehnung an ein Gedicht des Arbeiterdichters Kurt Bartel - KuBa -) bleibt bestehen.

Allerdings kostet diese Aktion Geld: Flyer, Transparente und Plakate müssen gedruckt, Anzeigen geschaltet werden, und nicht zuletzt muss den uns unterstützenden Künstlern zumindest der Aufwand ersetzt werden. Voll Dankbarkeit denken wir an die solidarische Spende der TIG Sömmerda von 350 Euro im letzten Jahr zurück und hoffen auch in diesem Jahr auf ein für den Ostermarsch ausreichendes Spendenaufkommen.

Als Spendenkonto stellt wieder der Verein „Die Unbeugsamen - Linke Sammlungsbewegung e.V.“ sein Vereinskonto mit der IBAN DE24 1305 0000 0201 1573 57 zur Verfügung. Bitte verseht Überweisungen unbedingt mit dem Kennwort (Verwendungszweck) „Ostermarsch 26“.

Gerdt Puchta, TIG Rostock

Die Gründung der Freien Deutschen Jugend vor 80 Jahren

Am 7. März 1946 gründeten junge deutsche Antifaschisten unterschiedlicher sozialer Herkunft, weltanschaulicher Ansichten und politischer Erfahrungen unsere Freie Deutsch Jugend. Ihre Gründung als einheitliche, antifaschistisch-demokratische Organisation der deutschen Jugend fand nur wenige Monate nach dem Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Imperialismus und den vom ihm begangenen Verbrechen, insbesondere gegenüber den Völkern der Sowjetunion, statt. Die Forderung nach Über-

windung der seit Jahrzehnten bestehenden Spaltung der deutschen Jugendbewegung, ihr Zusammenschluss in einer einheitlichen Jugendorganisation und ein gemeinsames Handeln der Jugend hatte sich bereits in den Jahren des antifaschistischen Widerstandskampfes weiter ausgeprägt und stand mit der Niederlage des Hitlerfaschismus 1945 objektiv auf der Tagesordnung. Diese Notwendigkeit wurde von der Führung und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands, von Teilen der Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands sowie weiteren demokratisch gesinnten Kräften, Parteien und Organisationen anerkannt und unterstützt. Folgerichtig stellte der zentrale antifaschistische Jugendausschuss Ende Februar 1946 bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) den Antrag auf Zulassung der Gründung einer einheitlichen Jugendorganisation. Die Zustimmung der SMAD und die Unterstützung im eigenem Lande stellten einen großen Vertrauensbeweis gegenüber der deutschen Jugend dar. Zehntausende Mäd-

chen und Jungen in ganz Deutschland traten der am 7. März in Berlin gegründeten Freien Deutschen Jugend bei. Sie bekundeten nicht nur ihre Entschlossenheit, für ein neues, friedliches Deutschland und eine gesicherte Zukunft zu kämpfen, sondern alles zu unternehmen, dass das deutsche Volk gegenüber den Völkern Wiedergutmachung leistet und alles unternimmt, dass das deutsche Volk wieder einen geachteten Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen konnte. Von ihrer Gründung an leistete die FDJ ihren Beitrag zur Überwindung der geistigen Trümmer unter der Jugend und trug wesentlich zur Beseitigung der ökonomischen und gesellschaftlichen Hinterlassenschaften des Hitlerfaschismus bei. Sie nahm aktiv am Auf-

bau einer neuen, einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone teil. Nur wenige Wochen nach der Gründung des einheitlichen Jugendverbandes beschlossen die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands auf ihrem 1. Parlament im Juni 1946 in Brandenburg an der Havel die Grundrechte der Jugend, das Recht der Jugend:

- auf politische Mitbestimmung;
- auf Arbeit und Erholung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit;
- auf Bildung;
- auf Freude und Frohsinn.

Mit den Beschlüssen des 1. Parlaments bekräftigte die FDJ, dass sie sich als Interessenvertreter der gesamten deutschen Jugend

versteht und erwarb sich im Kampf um deren Durchsetzung nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Deutschlands gesellschaftliche Anerkennung.

Auf vielfältige Art und Weise trug die Jugend mehrerer Generationen unter der Führung der FDJ im Osten Deutschlands dazu bei,...



Weiter über Link:
<https://isor-sozialverein.de/wp-content/uploads/2026/02/01-Gruendung-der-FDJ-gekuerzt.pdf>

Bernd Gnant, TIG-Kühlungsborn



Diese und ähnlich aussagestarke Losungen erhalte ich am Ende täglicher Informationen aus Venezuela oder von solidarischen Freunden aus ganz Lateinamerika.

Es ist nicht nur wichtig, in diesen schwierigen turbulenten Zeiten die Ideale der bolivariischen Errungenschaften zu schützen, sondern eine militärische USA-Invasion sowie gleichzeitig die über Fake News und KI gesteuerten Meldungen zur Spaltung der Reihen der Chavisten zu verhindern. Neben den machtvollen Demonstrationen in Venezuela für die Unterstützung der amtierenden Präsidentin sowie den eindrucksvollen internationalen Solidaritätsaktionen, findet auch der juristische Kampf um die Freilassung des entführten Präsidenten Maduro und seiner Ehefrau statt. Dazu sei gesagt, dass lt. Veröffentlichung von Internationalist 360° (vom 03.02.2026) das US-Justizministerium (DOJ) am 02.02.2026 beim Bundesgericht einen formellen Antrag auf Verschiebung des geplanten Gerichtstermins vom 17. März auf den 26. März im Fall Maduro gestellt hat. Die Staatsanwaltschaft begründet dies mit der Notwendigkeit einer gründlichen Überprüfung der Akten und räumte ein, dass die Beweislage für eine Fortführung des Verfahrens innerhalb der ursprünglichen Frist nicht ausreiche. Laut vorläufigen, der Presse zugespielten Dokumenten, argumentieren Bundesanwälte, dass die erforderlichen Beweismittel für eine Anklageerhebung im bevorstehenden Hauptverfahren nicht erfolgsversprechend sind. Mit dem juristischen Trick der Fristverlängerung soll verhindert werden, dass aufgrund formaljuristischer Ausflüchte bzw. mangelnder Beweislage das Hauptverfahren eingestellt wird.



Niemals Verräter! Zweifel sind Verrat!

Um die beiden weiterhin in den USA gefangen zu halten, wird nicht nur die Anhörung verschoben, es folgen weitere juristische Tricks, denn es kann kein Zufall sein, dass im Bundesstaat Florida bereits ein ähnliches Verfahren wie in New York eröffnet wurde, alles mit dem Ziel, ihre Freilassung, die ihnen zusteht, zu verhindern.

Wie das Anwaltsteam schon mehrfach die Unschuld von Maduro und Flores dargelegt hat, kommt hinzu, dass Nicolás Maduro als Staatsoberhaupt Immunität besitzt und somit, allein aus juristischer Betrachtung, müsste sich das Bezirksgericht von New York in Manhattan für nicht zuständig erklären, da kein amtierendes Staatsoberhaupt nach internationalem Recht verurteilt werden darf. Ebenso besitzt Maduro als Kriegsgefangener zusätzliche Immunität, die ihm am 5. Januar bei der Anklageerhebung zugesprochen wurde. Das trifft ebenfalls auch auf Cilia Flores zu, die als parlamentarische Abgeordnete Immunität besitzt und das Recht auf Unschuldsvermutung hat. Schon jetzt wird bereits deutlich sichtbar, dass dieser Fall mit juristischen Tricks nicht nur in die Länge gezogen wird, sondern auch die große Gefahr besteht, dass ein Urteil zu Ungunsten von Nicolás Maduro und Cilia Flores unter Rechtsbeugung gefällt wird.

Dieses Lügenszenario wurde jetzt in ihrer eigenen USA-Brutstätte für die ganze Welt deutlich. Bei der ersten Anhörung vor Gericht gab es bereits die erste große Überraschung, dieser Trump-Administration, welche in Form des Justizministeriums offiziell die falsche Behauptung fallen lassen musste, Maduro sei der Boss der super-bösen Drogengangster des „Cartel de los Soles“ (Kartell der Sonnen) gewesen. Es wurde offiziell eingestanden, dass das „Cartel de los Soles“ nie existiert hat, es ist eine reine US-Propaganda-Fiktion. Die-

ser Propagandaeffekt wirkt bis heute nach, da selbst hiesige bürgerliche Medien und Politiker, ob in der Berichterstattung oder Talkrunden, gebetsmühlenartig diese nie bewiesenen Verleumdungen wiederholen. Somit soll dem Medienkonsumenten das Gefühl vermittelt werden, dass diese völkerrechtswidrige Aggression vom 3. Januar 2026, zumindest nachvollziehbar, wenn nicht sogar gerechtfertigt war. Dass selbst die New York Times berichtete: ...

„Das Justizministerium hat sich von einer zweifelhaften Behauptung über Präsident Nicolás Maduro zurückgezogen, ihn als Anführer eines Drogenkartells namens Cartel de los Soles zu beschuldigen.“

... war für bundesdeutschen Medien nicht Anlass genug, ihre Berichterstattung zu ändern. Was soll man auch erwarten, wenn selbst der Black-Rock-Kanzler trotz wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nicht in der Lage ist, die völkerrechtswidrige Aggression gegen Venezuela als das zu verurteilen, was sie ist, sondern sich zu der hoch „wissenschaftlichen“ Äußerung zu quälen, die Problematik sei zu komplex, um eine Bewertung vorzunehmen. Mir ist bis zum heutigen Tag nicht bekannt (05.02.2026), dass sich die Bundesregierung anders als bisher positioniert hätte.

Wichtig bleibt, dass die internationale Solidarität weiterhin sichtbar lebt und dem venezolanischen Volk in ihrem schweren Kampf eine zuverlässige Unterstützung bleibt.

Niemals Verräter! Zweifel sind Verrat! Ist die Losung, wie die ebenso vielfach verwendete Losung: „Wir kämpfen gemeinsam und wir werden siegen!“

Carsten Hanke, Präsident

Email: gefis2020@web.de

Homepage: <http://www.gefis2020.de>

Spendenkonto: DE19 4306 0967 1106 0519 00

Das letzte Kommando



Herausgeber:
Verlag E.S.
Mittler & Sohn
GmbH
Seitenzahl Print:
336 Seiten
Preis: 29,99 Euro
ISBN-13: 978-3813204636

Admiral Theodor Hoffmann war der letzte Militär in der Funktion des Ministers für nationale Verteidigung der DDR. Ihm folgte Rainer Eppelmann aus der Regierung de Mazière, welcher Hoffmann in den neu geschaffenen Posten eines „Chef NVA“ berief und den letzteren bis wenige Tage vor der Wiedervereinigung bekleidete. In dem hier besprochenen Buch schildert er die letzten Monate der DDR aus seiner Sicht und der Perspektive der sich in der Auflösung befindenden NVA und ihrer Soldaten.

* * * LESERBRIEF * * *

Bitte machen Sie weiter so

Als Sympathisantin Ihres Kampfes gegen das Rentenunrecht lese ich die ISOR-Mitteilungen regelmäßig und mit großem Interesse. Dabei kann ich feststellen, dass Sie nicht nur diesen Kampf mit Beharrlichkeit und guten Argumenten führen, sondern Ihre Leser auch auf angrenzenden Gebieten sehr aktuell und mit tiefer Kenntnis der Materie informieren. Darüber bin ich immer wieder erfreut und lerne immer etwas dazu. So möchte ich besonders Ihrem Vorsitzenden Joachim Bonatz einmal Dank sagen für seine Arbeit und seinen Einsatz, aber auch für seine detaillierte Analyse in seinem Grußwort zum Jahr 2026 in der Januar-Ausgabe. Hier wird anhand von Fakten und Zahlen sehr deutlich, wie das Wohl des eigenen Volkes in diesem Land mit Füßen getreten wird, wie Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden und das in der Absicht, die wahren Hintergründe des Rentendesasters zu verschleiern. Ganz offenkundig wird die Misswirtschaft und die Unfähigkeit zu sozialpolitisch verantwortungsvollem Handeln dieser und Vorgängerregierungen, wenn wir Vergleiche mit unseren EU-Nachbarn anstellen. Das hat Herr Bonatz eindrucksvoll getan.

Zitat von Karel Capek 1938

(tschech. Schriftsteller und Dramaturg)

Dies schrieb Karel Capek 1938, kurz vor seinem Tode, mahnend seine Stimme gegen Krieg, die Macht der Monopole und gegen den Faschismus erhebend:

„Ja, vieles hat sich geändert, aber die Menschen sind die gleichen geblieben; nur wissen wir jetzt besser, wer wer ist. Wer anständig ist, war immer anständig; Wer treu war, ist es auch jetzt. Wer sich mit dem Wind dreht, hat sich auch früher mit dem Wind gedreht. Wer denkt, jetzt sei der Augenblick gekommen, hat auch früher nur an sich gedacht. Niemand wird ein Überläufer, der nicht einer war. Wer zum Glauben wechselt, der hatte keinen. Eine harte Prüfung ist auch eine harte Erkenntnis.“

Und er hat die einzig passende Antwort gegeben auf ein erneutes phrasenbehaftetes Politiker-Statement (Antwort des MdL Christian Hartmann). Die Frage von Herrn Bonatz ist berechtigt, ob es sich schlicht um fehlende Kenntnis und fehlende Fähigkeit handelt oder die Absicht böswilliger Diskreditierung bestimmter Bevölkerungsgruppen im Osten. Beides ist amtsunwürdig. Umso wichtiger, Ihren Kampf gegen das einzigartige Rentenstrafrecht nicht aufzugeben. Auch die ewige Geschichte um die NATO-Osterweiterung war gut beantwortet von Prof. Wernicke. Es ist lächerlich, von Westseite ständig zu argumentieren, diese Zusicherung, auf die Osterweiterung zu verzichten, würde nicht wortwörtlich in einem Vertrag stehen, deshalb muss man sich auch nicht daranhalten. Putin aber wirft man gern vor, „er habe gesagt...“ und sich nicht darangehalten. Wie viele Verträge gibt es, an die sich auch niemand mehr hält. Wer erinnert sich noch an die Grundakte über Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen NATO und Russland von 1997. Sogar das Völkerrecht wird inzwischen aufgeweicht und in Frage gestellt, weil es massiv von Politikern der westlichen Welt gebrochen wird. Angeeignet habe ich mir aus diesem Beitrag in ISOR die Formulierung, dass die NATO kein Bündnis gleichberechtigter Staaten, sondern eine europäische Fremdenlegion des US-Präsidenten ist. Besser kann man auch das nicht ausdrücken. Und es macht auch besser verständlich, warum Putin erst mal die große Bären-Tatze auf die Ukraine gelegt hat. Umso mehr ist auch der Einsatz für den Frieden weiterhin wichtig.

Birgit Fischer, Pankow

Der ERNST-BUSCH-CHOR BERLIN lädt ein zum Konzert am 19.04.2026, um 15 Uhr, in den Konzertsaal der Universität der Künste Berlin,
Hardenbergstr. / Ecke Fasanenstr.,
10623 Berlin-Charlottenburg.
Das Ticket beträgt 15 Euro.
www.ernstbuschchorberlin.de oder
Mo - Fr: 030 9712317

IMPRESSUM

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e. V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Herausgeber: ISOR e. V.
V.i.S.d.P.: Steffen Haupt
Redaktion: Steffen Haupt
E-Mail: isor-aktuell-redaktion@t-online.de
Vertrieb: Bernd Hartmann, isor-finanz-stat@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko
Herstellung: MediaService
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 12.02.2026
Print- & Internetausgabe: 03.03.2026
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 12.03.2026

Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr, **Mi:** nach telefon. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16 **Fax:** 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Steffen Haupt, Tel. 030 297843-19
E-Mail: hauptsteffen@gmx.net

Schatzmeister und Statistik: Bernd Hartmann (Home-Office)
Di: Bürottermine und nach tel. Vereinbarung **Mi:** 8-16 Uhr
Tel.: 03338- 750 76 92 **Fax:** 03338- 750 76 91
E-Mail: isor-finanz-stat@t-online.de

AG Soziales und Betreuung: Florian Münter
Telefon: 0151 - 41 46 65 51
Email: isor-sozialebetreuung@t-online.de

Buchhaltung: Sonja Franz, **Mo-Do:** 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19, **E-Mail:** isor-finanz2@t-online.de

Bankverbind.: Berliner Sparkasse
Empfänger: ISOR e.V. Berlin
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX